

Wenn die Angst zur vorherrschenden Stimmungslage wird, welkt die Demokratie dahin, und stirbt.

Hans Heigert

Angst als Zivilisationskrankheit?

Wo immer man hinsieht und wo immer man sich bewegt, ob man politischen Debatten beiwohnt oder die öffentliche Auseinandersetzung im vopolitischen Raum verfolgt, ob man Zeitgenossen in private Gespräche verwickelt oder dem nachgeht, was durch die Medien geistert: man stößt überall auf ein Phänomen, das man in opulenten Gesellschaften mit starken Sicherheitsgarantien nicht vermuten möchte, das aber für unsere Zeit, auch oder gerade für unsere unmittelbare Zeit, typisch zu sein scheint: die Leute haben Angst. Es gibt eine *Massierung von individuellen Ängsten*: Angst vor Krankheit mit sozialpsychologisch erkennbaren Einschlägen in das psychische Gleichgewicht; Angst bei der Jugend, mit ihrer eigenen Zukunft, ihrer eigenen Lebensführung nicht zurechtzukommen. Häufiger hört man bei Jugendlichen sogar das Stichwort von der „Angst, erwachsen zu werden“; Angst vor nicht ganz überschaubaren, in den Lebensrisiken nicht voll abschätzbaren, längerfristigen oder gar endgültigen Bindungen. Es häufen sich *soziale Ängste*: die Angst um Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen; die Angst vor Verpestung der (biologischen) Umwelt durch Strahlung und Chemikalien; die Angst vor der Übermacht technischer und administrativer Apparate; die Angst, Opfer einer entpersönlichten und entpersönlichenden, „private“ Lebensräume einschränkenden Allgegenwart des Staates zu werden. Viele dieser Ängste beziehen sich auf durchaus gegensätzliche Entwicklungen und Wirkungen: die einen fürchten Wachstums- und Beschäftigungsverlust und sorgen sich mehr und mehr über den Sand, den Umweltschützerinitiativen in das Getriebe wirtschaftlicher Zukunftsplanung bringen, die anderen fürchten diese Planung selbst; die einen fürchten sich vor der Unregierbarkeit der Gesellschaft durch den Staat, die anderen ängstigen sich wegen vermehrter Staatseingriffe in die Gesellschaft und in die persönliche Freiheit. Aber das nimmt ihnen nichts von ihrem Charakter; im Gegenteil, es verschärft eher ihre Wirkungen. Denn: häufen sich gerade einander widersprechende Ängste, potenzieren und verschärfen sich öffentliche und private Gefühle der Verunsicherung.

Zeichen banaler Hoffnungswidrigkeit

Dennoch wäre man versucht zu sagen: die Leute reden sich viele dieser Ängste ein oder lassen sie sich durch Meinungsbildung und Propaganda suggerieren. Und manches ist Produkt von Suggestion, gerade dort, wo es um die Zukunft der staatlichen Ordnung und der Wahrung des Gemeinwohls geht. Wobei deutsche Sucht nach Perfektion oder deutsche Prinzipiengläubigkeit noch ein übriges tut. Z.B. sind die Parteien gegenwärtig daran, sich selbst zu suggerieren, das *Verhältnis von Parteien und Bürgern* sei in einer Krise schon allein deswegen, weil sich Bürgerinitiativen regen; fast jede regionale Wahl beweist das Gegenteil. Der Rechtsstaat ist noch nicht gefährdet, wenn sich Stellen der Exekutive bei Eingriffen in Persönlichkeitsrechte im extremen Grenzfall der Terroristenbekämpfung auf übergesetzlichen Notstand berufen. Und eine Gesellschaft ist nicht schon dadurch unregierbar, daß Interessengruppen immer wieder ihre Grenzen überschreiten.

Und schließlich wird trotz aller Unsicherheiten, die in jeder Gesellschaft und in jedem Leben stecken, niemand sagen wollen, gerade die gegenwärtige Generation sei der totalen Unsicherheit ausgesetzt und wisse gar nicht mehr, wie sie morgen noch überleben könne. Dennoch ist gerade *unser Reden vom Überleben* – wie auffällig oft wird es in den Mund genommen – zu einer verräterischen Paraphrase geworden: Überlebt die Menschheit?, überlebt unsere Kultur?, überlebt die Demokratie?, und natürlich auch: überlebt die Kirche?

Das sind nur einige der fast täglich wiederkehrenden Umschreibungen banaler Hoffnungswidrigkeit. Vor Jahren noch schwelgten dieselben Gruppen, teilweise dieselben Menschen im blauäugigsten Zukunftspathos. Was man der Entwicklung von Wissenschaft und Technik nicht zutraute, obwohl in diese trotz stets wiederholter Klagen über drohende Folgen technokratischer Organisations-, Herrschafts- und Lebensmuster – größte Hoffnungen gesetzt wurden und noch werden, das erwartete man vom

Heilbringer Staat, von einer repressionsfreien Gesellschaft, von einer mehr oder weniger revolutionären Politik, jedenfalls von „Reformen“ technischer, politischer, sozialer Art; und selbstverständlich war man der Meinung, daß dies alles auch vollziehbar, „machbar“ sei, nicht nur eine revolutionäre Politik, obwohl sich hierzulande die revolutionäre Situation nicht recht einstellen wollte, sondern auch der perfekte Sozialstaat, die frei machende egalitäre Gesellschaft, wenn nur alle Privilegien abgeschafft, ausreichend für Partizipation auf allen Ebenen und in allen Schaltstellen von Politik, Wirtschaft und Bildung gesorgt sei und der Wille zur Emanzipation aus aller selbst- und fremdverschuldeten Unmündigkeit – einschließlich der sozialen und religiösen Vorurteile – sich durchgesetzt habe. Zeitweise schien sogar christliche Eschatologie, das Bekenntnis zum Gott der Endzeit und zu einem wiederkehrenden Christus, der nicht einfach die Fortsetzung innerweltlicher Vollendungshoffnungen und Parusien mit theologischen Mitteln ist, sondern das jenseitig auf uns zukommende Gericht Gottes über Mensch und Geschichte, in arge Konkurrenzbedrängnis zu solchen innerweltlichen Zukunftsutopien zu geraten. Die Theologie, in ihren Fundamenten verunsichert, glaubte selbst gelegentlich nur durch Anpassung oder – sagen wir es plastischer, aber positiver – durch Verpackung christlicher Hoffnung in innerweltliche Vollendungsvisionen überleben zu können.

Gegenwärtig ist es zwar keineswegs so, daß trotz manch eindrucksvoller, wenn auch äußerst zwiespältiger Zeichen einer frei flottierenden neuen Religiosität christliche Hoffnung, von ihrer innerweltlichen Verpackung befreit, wieder weithin ausstrahlt, doch *der Glaube an eine unangefochtene menschliche Zukunft scheint den einen Dämpfer nach dem anderen zu erhalten*. Nicht nur hinter Forschung und Technik tauchen die vielen Zweideutigkeiten und Zweifel auf, ob denn der Mensch ihnen wohl gewachsen sei oder ob dieser nicht vielmehr zu deren unheimlichem Opfer zu werden drohe. Auch die Hoffnungen in die Heilungs- und Vollendungskräfte von Staat und Gesellschaft scheinen kleiner geworden zu sein: Plötzlich sind da wieder Umdeuter mit neuen Zielvorgaben für Politik, Staat und Gesellschaft zur Stelle unter der für eine politische Gemeinschaft sicher einsichtigen, wenn im Grunde auch überanspruchsvollen Devise: Wo nach Sinn gesucht wird, helfen keine Macher. Interessant ist dabei: man hat einsehen gelernt, daß das Machen nicht genügt, daß aber politische Führung sich auch als Sinnvermittler auszuweisen habe, scheint nach wie vor ein säkularer Glaubenssatz zu sein. Was letztlich wohl heißen würde: Es gibt zwar einen Verlust an Zukunftszuwendung, eine Zunahme der Angst angesichts der sich wandelnden Lebensbedingungen, aber der Glaube, daß säkulare Instanzen uns zu vermitteln hätten, was in früheren, voraufklärerischen Kulturen Kirchen und Religionen für den Menschen „behütet“ haben (vgl. ds. Heft, S. 186), lebt nach wie vor. Es scheint sogar so zu sein: Je weniger sich Fortschritts- und Reformutopien erfüllen, um so stärker wird der Staat hier gefordert.

Ängste, die sich auf unsere Lebensgrundlagen richten

Nun wurde hier – mit Absicht – gleich in mehreren Richtungen überzeichnet: Einmal geht es beim Thema Angst nicht um letzte, sondern höchstens um vorletzte Dinge. Angst erzeugen die konkreten Lebensverhältnisse. Sie müssen nicht gleich weltbildrelevant sein und in den menschlichen Abgründen zwischen Diesseits und Jenseits angesiedelt werden. Anlässe und Gründe der Angst gibt es auch in unserer Gesellschaft – objektiv, also außerhalb der subjektiv-psychischen Gravitationszentren der Einzelnen und Gruppen – genug: Die Angst um den Arbeitsplatz ist bei einer Million Arbeitslosen keine suggerierte Angst, die Angst wegen fehlender Studien- und Ausbildungsplätze ist angesichts der Diskrepanz von Nachfrage und Angebot eine Angst, die sich auf sehr reelle Dinge bezieht. Daß die Angst vor Risiken in der Gesellschaft mit dem Grad ihrer Komplexität zunimmt, ist verständlich, und daß in einer sehr individualisierten Gesellschaft die Angst vor Bindung die Angst vor Vereinsamung gelegentlich überspielt, ist einsichtig. Und viele Ängste betreffen durchaus Gefahren, die sich auf den Bestand unserer Lebensgrundlagen richten können.

Die Angst vor den Gefahren der *friedlichen Nutzung der Kernenergie*, gegen die alle zur Verfügung stehenden emotionalen Abwehrkräfte mobilisiert werden, ist ein Beispiel dafür. Man spricht schon von der „Uranst“ vor dem Atom, wobei es an Widersprüchlichkeit allerdings auch hierbei nicht fehlt. Mit dem *kriegerischen Aspekt der Atomenergie* hat man sich seit Beginn der Entspannungspolitik erstaunlich leicht abgefunden, obwohl die Gefahr des Einsatzes atomarer Waffen von ungeheurer Zerstörungswirkung zum „normalen“ Rüstungsgeschäft gehört, obwohl das atomare Patt an seinem Schrecken nichts verloren hat und die Möglichkeit des Einsatzes atomarer Waffen mit der Vermehrung von wirklichen und potentiellen Atomstaaten noch um einiges unheimlicher wird. Aber diese Angst hat sich offenbar in dem Maße gemindert, als die Gefahr einer weltweiten bewaffneten Auseinandersetzung geringer zu werden schien. Kriegsangst scheint es nicht zu sein, was die Menschen bei uns umtreibt.

Und es gibt auch noch eine andere, allerdings „verständliche“ Widersprüchlichkeit in der Abwehr gegen die Errichtung von Kernkraftwerken: Es ist keineswegs, wie es wieder und wieder suggeriert wird, immer die Angst vor dem Katastrophenfall, was die Kernkraftgegner und die von der Standortwahl jeweils Betroffenen dagegen ankämpfen läßt. Vielfach sind es Motive des „einfachen“ *Umweltschutzes*: die Angst vor der Beeinträchtigung oder dem Verlust der eigenen gewohnten Umwelt, die Angst vor dem Eingriff in die eigenen Lebensverhältnisse, vor der Störung der eigenen wirtschaftlichen Lebensbasis. Angst vor dem Zwang zur Veränderung, die Sorge, der eigenen Scholle verlustig zu gehen, das urkonservative, agrarische Motiv der Konservierung des eigenen Lebensraumes – selbstverständlich unter voller Nutzung der Er-

leichterungen, die ein rasanter technischer Fortschritt anbietet – sind da ebenso am Werk. Sie haben mit der Urangst vor dem Atom eben nur gemein, daß sie sich auf Kernkraftwerke und nicht auf den Bau von Autobahnen beziehen.

Aber die Urangst vor dem Atom steht keineswegs für sich allein. Es gibt andere angsterzeugende Gefährdungen, die parallel zum wissenschaftlichen Fortschritt und zum Fortschreiten unserer Abhängigkeit vom technischen Potential und der gesellschaftlichen Verflechtung zunehmen. Nicht nur das Atom ist ein Sicherheitsrisiko; auch die *Abhängigkeit vom Staat*, wenn dieser zur allgegenwärtigen Kontrollinstanz für den Einzelnen mittels detaillierter Datenspeicherung werden kann. Man versteht deshalb, wenn sich in Amerika Bürgerinitiativen gegen die Archivierung genetischer Daten von Neugeborenen wenden, weil politische Instanzen oder die Öffentlichkeit diese Daten einmal gegen Betroffene verwenden könnten (vgl. ds. Heft, S. 189).

Aber auch darüber hinaus bleibt manches, was *Wissenschaft und Forschung und in der Anwendung auf den Bereich des Menschen die Technik* an den Tag bringt, geeignet, ähnliche Urängste zu schaffen: ob es sich um quasi zur Ingenieurkunst übersteigerte medizinische Techniken, ob es sich um die Züchtung künstlicher bakterieller Krankheitserreger, die zu Vernichtungszwecken mißbraucht werden können, oder ob es sich um weniger unmittelbar realisierbare, aber doch durch die Forschung gleichsam vorprogrammierte Eingriffe in die Erbsubstanz des Menschen, nicht nur zur Beseitigung von Krankheiten, sondern zur „Umkonstruktion“ des „biologischen Mängelwesens“ Mensch handelt: das alles läßt nicht nur die Frage aufkommen, welchen Sinn denn solcher Fortschritt habe, sondern ob denn der Mensch durch diesen nicht seine eigenen Existenzgrundlagen gefährde.

Unbestreitbar ist also, daß die *Zukunftsrisiken* in der Größenordnung des technischen Fortschritts und seiner Verflechtung mit den Lebensverhältnissen des Einzelnen wachsen und im gleichen Maß für den Einzelnen zugleich unüberschaubarer und zum Teil auch für die Gesellschaft: für die Unternehmungen, Verwaltungen und Parlamente, also auch für den Staat, schwerer kalkulierbar werden. Insofern sind wachsende Ängste, die sich auf die Zukunfts- und Überlebenschancen des Menschen oder auch auf die Gefährdung der Kontinuität freiheitlicher Verhältnisse beziehen, mit ein Produkt des objektiven Zustands zivilisatorischer Entwicklung.

Zu einem eigentlichen *Krankheitssyndrom der Gesellschaft* scheinen sie aber erst dadurch zu werden, daß dieser Zustand epochal gleichlaufend mit einer psycho-sozialen Verfaßtheit des Individuums – des Menschen, der politisch teils würde-, teils pietätvoll – mündiger Bürger genannt wird, korrespondiert, die dem, was in dieser Situation erforderlich wäre, genau entgegengesetzt ist. Dieser Bürger ist auf Sicherheit und Freiheit eingestellt; für das Eingehen von Risiken ist er nicht übermäßig trainiert: das zeigt schon die relativ geringe Bereitschaft zu beruflicher und geographischer Mobilität, obwohl diese angesichts der nicht nur

konjunkturellen, sondern strukturellen Beschäftigungsschwankungen besonders erforderlich wäre. Der Bürger erwartet im modernen Rechts- und Sozialstaat nicht nur die Sicherung der Gleichberechtigung, die Wahrung der Grundrechte und den sozialstaatlichen Lastenausgleich; er erwartet auch den möglichst weitgehenden Abbau persönlicher Risiken bei gleichzeitiger Erweiterung der persönlichen Freiheitsräume. Daran orientiert sich auch weitgehend die Politik der Parteien. Die Richtigkeit und Legitimität dieser Zielsetzung ist nicht zu bestreiten. Nur übersieht der Bürger allzuleicht, daß jede *Sozialisierung von Risiken* irgendwann auf seine persönlichen Rechte zurückschlägt, daß beides niemals uneingeschränkt zu haben ist. Je stärker Risiken vergesellschaftet werden, um so weniger ist er zugleich bereit bzw. disponiert, neu aufbrechende, womöglich dazu noch sehr viel größere Risiken, die sozusagen im gesellschaftlichen Prozeß liegen, zu akzeptieren und mitzutragen. Auf einen einfachen, wenn gleich verkürzten, aber nicht falsch berechneten Nenner gebracht: *Die Bereitschaft, persönliche Risiken einzugehen oder Risiken für und mit der Gesamtgesellschaft mitzutragen, sinkt, während die tatsächlichen Risiken in der Gesellschaft wachsen oder wenigstens in ihren Proportionen größer werden.* Und das scheint das eigentlich bedenkliche Syndrom hinter dem zeitgenössischen Phänomen persönlicher und kollektiver Ängste zu sein: Die Risiken wachsen in neue Dimensionen, sie können auf Grund wirtschaftlicher Notwendigkeiten und auch des sozialen Friedens willen zwar in Grenzen gehalten, aber nicht einfach ausgeschaltet werden; zugleich aber sinkt die Bereitschaft, Risiken, die man als Interessen- oder als Existenzbedrohung empfindet, mitzutragen, und man verlangt vom Staat die totale Ausschaltung von Großrisiken.

Daran gewöhnt, dem Staat so gleichsam Heilsqualität zuzuerkennen, überfordert man mit solchem Anspruch, auch wenn sie ihn mit herbeigeführt und teilweise vorformuliert hat, nicht nur jede politische Führung, sondern auch den Staat, als Exekutive ebenso wie als Legislative und als Gerichtsbarkeit, wenn es nicht ohnehin bei einem Hin- und Herschieben der Verantwortung bleibt. Kommen alle drei Faktoren zusammen: zur Heilsqualität erhobenes versorgungsstaatliches Denken, unüberschaubares Anwachsen von Großrisiken, wie klein die Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer Katastrophe auch sein mag, und verminderte Risikodisposition, so dürfte klar sein, welch explosives Gemisch sich daraus entwickeln kann. Gelingt die entsprechende kollektive Emotionalisierung und kommt noch der in jeder Gesellschaft schwelende Funke Gewalt dazu, so braucht es nicht viel, bis ein demokratisches System mit demokratischen Mitteln unregierbar wird. Kollektive Ängste mit starker archetypischer Prägung waren immer schon ein guter Nährboden für den Zusammenbruch freiheitlicher Ordnungen. Es könnte also sein, daß gerade dort die größte Gefahr zu vermuten ist, wo sie so mancher geängstigte Zeitgenosse gerade nicht vermutet: in der begrenzten Widerstandskraft freiheitlicher Ordnungen gegen solche Angstsyndrome.

Ein Dienst der Mäßigung

Von einem hohen Bonner Politiker wird zum Thema kollektive Ängste das Diktum überliefert: Die Leute haben ihren Gott verloren, deswegen haben sie Angst. Das mögen viele für übertrieben halten und nicht wenige werden darin Zynismus sehen. Man wird nicht schlichtweg sagen können, mit dem Nachlassen an religiöser Bindung würden Ängste größer. Und da der wissenschaftliche, technische und gesellschaftliche Fortschritt mehr als eine Frage aufwirft, ob sich die Möglichkeiten, die sich darin auftun, zum Heil oder Unheil auswirken, kann man Angst nicht einfach als vermeidbares Produkt des Zeitgeistes abtun.

Einiges an Wahrheit steckt in diesem Satz aber wohl doch. Die Entzauberung der Welt, von den ihn behütenden und zugleich bedrohenden Göttern und Geistern, die Beherrschung der Kräfte der Natur, die autonome Beherrschung und Umkonstruktion der menschlichen Ordnung selbst, hat dem Menschen zwar ein Gefühl der Größe gegeben, das sich in einen noch lange nachwirkenden Fortschrittsglauben umgesetzt hat. Aber die neuen Heilserwartungen, die in ihn gesetzt werden, scheinen sich nicht zu erfüllen. Die Welten, die der Demiurge Mensch sich selbst geschaffen hat, werden ihm unheimlich, weil die Wirkungen den Verursachern zu entgleiten scheinen. Das Heil, das

man sich davon erträumte, erweist sich im wahrsten Sinn als brüchige Utopie. Kollektiver Selbsttäuschung folgt kollektive Enttäuschung auf dem Fuß. Der Angst folgt Hoffnungslosigkeit. Eine tiefreichende Sinnkrise menschlichen Handelns liegt dem zugrunde. Ihre Überwindung erfordert zwar nicht weniger, sondern mehr Vernunft, als der technische Fortschritt voraussetzte. Aber wahre Vernunft findet – und das ist keine bloß analytisch erstellte Maxime, sondern durchaus geschichtliche Erfahrung –, gerade dort, wo es darum geht, die ethischen Maßstäbe für verantwortliches gesellschaftliches Handeln neu zu setzen, ihren Halt und ihre Verlässlichkeit selbst erst in der Dimension des Glaubens. Und der Glaube kann temperierend, Besinnung und Vernunft schaffend auf das der Vernunft eigene Feld menschlicher Planung zurückwirken und so Ängste abbauen.

Es ist zu hoffen, daß dies in den Kirchen nicht nur bedacht, sondern im praktischen Verhalten zum Ausdruck gebracht wird. Ihre Mithilfe ist, gefragt oder nicht gefragt, mehr denn je vonnöten: nicht auf Demonstrationsplätzen oder im Mitdenken-Wollen von hochspezialisierten Sachentscheidungen, sondern als Dienst der Mäßigung, damit Ängste abgebaut und Risiken aus dem Bewußtsein der je größeren Geborgenheit in Gottes Hand, die sich allerdings nicht innerweltlich erfüllt, angenommen werden.

D. A. Seeber

Vorgänge

Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Vom 28. Februar bis 3. März hielt die Deutsche Bischofskonferenz in Essen ihre Frühjahrsvollversammlung ab. Hauptthemen der Beratungen waren die Ordnung der pastoralen Dienste und der Beitrag der Kirche zu den Bemühungen um die Einigung Europas. Daneben standen aber noch eine ganze Reihe von Fragen auf der umfangreichen Tagesordnung. Wie üblich gab der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal *Josef Höffner*, nach Abschluß der Versammlung in einer Pressekonferenz einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der Beratungen. Am Rande der Vollversammlung kamen die Bischöfe mit Arbeitern und Arbeiterinnen aus dem Ruhrge-

biet sowie mit einigen Priestern zusammen, die vorübergehend in Großbetrieben gearbeitet haben. Die Bischöfe wollten damit die besonderen Möglichkeiten nutzen, wie sie der Tagungsort für einen *Anschauungsunterricht zum Thema „Kirche und Arbeiterschaft“* – zu dem bekanntlich die Synode ein viel beachtetes Dokument verabschiedet hat (vgl. HK, Mai 1976, 247ff.) – bot. Auch bei dieser Gelegenheit wurde von den Arbeitern moniert, die Kirche möge mehr die Sprache der Arbeiter sprechen. Bischöflicherseits wurde als Modell des besseren Kontakts der Pastoral zur Welt der Arbeit das Engagement in den Betrieben im Bistum Essen her-

ausgestellt. Wichtig an diesem Modell sei, daß die Priester „Priester für Arbeiter“ und keine „Arbeiterpriester“ seien. Sie gehen jeweils für vier bis sechs Wochen in Betriebe, bleiben aber gleichzeitig in ihrer Pfarrgemeinde.

Europa, Menschenrechte

Das Schwerpunktthema *Europa* hat zwar erst relativ spät den ihm zukommenden Rang in den innerkirchlichen Debatten erhalten, erfreut sich dafür aber jetzt wachsender Beliebtheit. Nicht nur der Papst, auch zahlreiche Bischöfe und kirchliche Organisationen äußerten sich inzwischen wiederholt zur historischen Aufgabe, die der Kirche beim Bau eines geeinten Europas zukommt. Die belgische Bischofskonferenz hat dazu eine größere